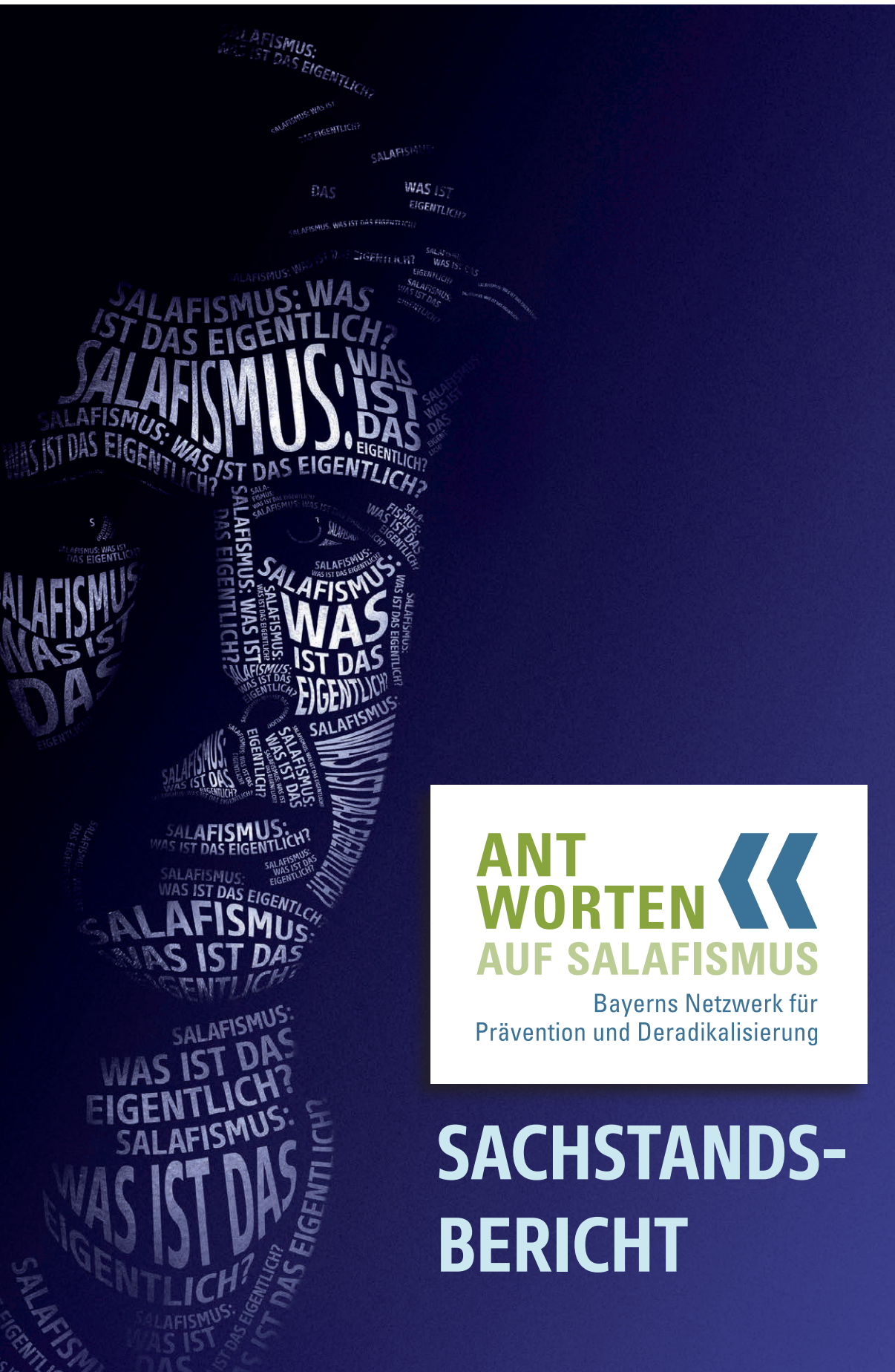




ANT WORTEN AUF SALAFISMUS

Bayerns Netzwerk für
Prävention und Deradikalisierung

SACHSTANDS- BERICHT

INHALT

Inhalt	2
Vorbemerkung	3
Konzept des Netzwerks	4
Zwei-Säulen-Modell	4
Ziele des Netzwerks	4
Interministerielle Arbeitsgruppe	5
Zivilgesellschaftliche Träger in Bayern	5
Netzwerkpartner	8
Gemeinsame Maßnahmen und Projekte des Netzwerks	9
Prävention	11
Salafismusprävention im Bereich Schule und Bildung	11
Projekte zur Radikalisierungsprävention	13
Prävention in der Flüchtlingsarbeit	18
Prävention in Kommunen	18
Radikalisierungsprävention und Extremismusbekämpfung im Justizvollzug	20
Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe	22
Präventionsangebote des Verfassungsschutzes	23
Deradikalisierung	24
Kompetenzzentrum für Deradikalisierung	24
Beratungsstelle VPN	25
Fallzahlen	26
Deradikalisierung im Justizvollzug	27

VORBEMERKUNG

Die islamistisch motivierten Gewalttaten und Terroranschläge der letzten Jahre in Europa haben gezeigt, dass auch Deutschland im Fokus des internationalen islamistischen Terrorismus steht. Dabei ist der Salafismus die gegenwärtig am schnellsten wachsende islamistische Strömung in Deutschland. Er liefert den Nährboden für gesellschaftliche Spaltung und Gewalt; er ist dynamisch und jugendaffin. Fast alle bisher in Deutschland identifizierten islamistisch-terroristischen Netzwerkstrukturen und Einzelpersonen waren salafistisch geprägt oder haben sich in salafistischen Milieus entwickelt. Der Salafismus bildet die ideologische Grundlage für Radikalisierungsprozesse bis hin zur Ausreise in den Jihad.

Neben dem sicherheitspolitisch notwendigen repressiven Bekämpfungsansatz ist ein ganzheitlicher präventiver Ansatz notwendig. Wir müssen Radikalisierung und Terrorismus den Nährboden entziehen, indem wir gezielt „Antworten auf Salafismus“ geben. Umfassende Präventionsarbeit bietet einen vielversprechenden Ansatz, um Radikalisierungsprozesse möglichst zu verhindern und unsere Gesellschaft immun zu machen gegen den Einfluss von Extremisten. Das ist Aufgabe aller demokratischer Kräfte. Staat und Gesellschaft sind gemeinsam gefordert, die Entstehung und Ausbreitung von Extremismus zu verhindern. Dies schließt die Sicherheitsbehörden ebenso mit ein wie Bereiche der Bildungsarbeit, Maßnahmen aus dem Bereich der Integrations- und Sozialpolitik sowie der Jugendarbeit oder den Strafvollzug. Extremistische Ideologien wie der Salafismus dürfen keinen Platz in unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft haben.

Bayern arbeitet seit Sommer 2015 verstärkt ressortübergreifend in einem Netzwerk gegen Salafismus zusammen, das die Bereiche Prävention und Deradikalisierung systematisch abdeckt. An diesem umfassenden Ansatz sind das Innenministerium, das Justizministerium, das Kultusministerium und das Sozialministerium beteiligt. Darüber hinaus sind auch zivilgesellschaftliche Träger Partner des Netzwerks.

Das Netzwerk bietet im Internet unter **www.antworten-auf-salafismus.de** allen Interessierten und Betroffenen umfassende Informationen zum Thema Salafismus, sowie eine breite Palette von Beratungs-, Unterstützungs- und Förderangeboten.

KONZEPT DES NETZWERKS

Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus verbindet bestehende Präventionsmaßnahmen in den verschiedenen Ressorts miteinander, stimmt sie aufeinander ab und baut sie aus.

Zwei-Säulen-Modell

Das bayerische Beratungsangebot gegen Salafismus besteht aus zwei Säulen: Prävention und Deradikalisierung.

Ziele des Netzwerks

- Aufklärung und Sensibilisierung
- Qualifizierung von Fachkräften
- Identifizierung potenzieller Radikalisierungs-sachverhalte
- Möglichst flächendeckende Präventions- und Deradikalisierungsangebote
- Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft
- Vernetzung verschiedenster Akteure vor Ort

Prävention

- Prävention setzt an, bevor eine Radikalisierung erkennbar ist.
- Sie richtet sich an alle gesellschaftlichen Gruppen.
- Hier greifen Maßnahmen der allgemeinen und spezifischen Prävention.

Deradikalisierung

- Sie erfolgt anlass- und personenbezogen im Falle eines Radikalisierungsprozesses bzw. einer bereits erfolgten Radikalisierung.
- Im Mittelpunkt stehen hier die Beratung von Angehörigen, Beratung und Begleitung von Betroffenen im frühen Stadium des Prozesses sowie Ausstiegshilfen für bereits radikalisierte Personen.
- Bei Verdacht auf Radikalisierung findet man hier Beratung und Hilfe.

Prävention

Präventionsmaßnahmen setzen bereits ohne einen konkreten Radikalisierungsverdacht an.

Allgemeine Prävention

Toleranz und Demokratiefähigkeit werden möglichst flächendeckend gestärkt. Werte wie gegenseitiger Respekt und Akzeptanz anderer Meinungen werden vermittelt (Werteeziehung). Diese Maßnahmen sind nicht phänomenspezifisch, wirken aber präventiv.

Spezifische Prävention

Relevante Berufsgruppen werden fachlich geschult, um Radikalisierungsprozesse möglichst früh zu erkennen und entsprechend handeln zu können. Dazu zählen: Lehrkräfte, Ausbildungsträger, soziale Akteure der Kinder- und Jugendhilfe, Mitarbeiter in Flüchtlingseinrichtungen oder Mitarbeiter der Justiz und Polizei. Diese Weiterbildung erfolgt im Rahmen von Beratungsgesprächen, Vorträgen und Schulungen. Zielgruppenspezifische Projekte dienen der Sensibilisierung und Kompetenzstärkung.

Interministerielle Arbeitsgruppe

Um die Maßnahmen zur Salafismus-Prävention in Bayern zu erweitern und miteinander zu vernetzen, hat das bayerische Kabinett eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) eingesetzt. Sie setzt sich aus Vertretern mehrerer Staatsministerien und staatlicher Behörden zusammen. Dazu gehören:

- Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration (Leitung der IMAG)
- Bayerisches Staatsministerium der Justiz
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
- Bayerisches Landeskriminalamt – Kompetenzzentrum für Deradikalisierung
- Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz

Die IMAG stimmt die staatlichen Maßnahmen ressortübergreifend aufeinander ab. Zudem ist sie für die inhaltliche Steuerung und strategische Ausrichtung des gesamten Netzwerks zuständig. Sie verbindet die beiden Säulen Prävention und Deradikalisierung. Die IMAG trifft sich regelmäßig, um das weitere Vorgehen zu besprechen und neue Betätigungsfelder und Zielgruppen zu definieren.

Zivilgesellschaftliche Träger in Bayern

Oft wollen Betroffene sich mit Fragen und Ängsten nicht direkt an die Sicherheitsbehörden wenden. Um ihnen diese Hemmschwelle zu nehmen, aber auch um gezielt niedrigschwellige Beratungsangebote zur Verfügung zu stellen, kooperiert das Netzwerk mit zwei zivilgesellschaftlichen Trägern. Beide verfügen über jahrelange Erfahrung und ein fundiertes Wissen in der Prävention bzw. Deradikalisierung gegen Salafismus.

Fachstelle von Ufuq e.V. Berlin in Bayern

Im Bereich der Prävention hat das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) im Herbst 2015 eine landesweite, mit vier Fachkräften besetzte, **Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung – ufuq.de** eingerichtet. Die Fachstelle in Trägerschaft des Vereins Ufuq e.V. Berlin wird aus Bundes- und Landesmitteln finanziert. Sie setzt im Vorfeld einer Radikalisierung an und bietet pädagogische Hilfestellungen zum Umgang mit salafistischer Rhetorik, von der sich junge Menschen oft angezogen fühlen. Damit verfügt Bayern über einen beim StMAS angebotenen zivilgesellschaftlichen Träger im Bereich der allgemeinen Prävention.

Der Verein Ufuq e.V. Berlin (Bedeutung: arabisch „Horizont“/„Perspektive“) ist ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe. Er wurde im Jahr 2007 gegründet und hat sich bundesweit als Ansprechpartner für die pädagogische Praxis zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus etabliert.

Die Fachstelle bietet pädagogischen Fachkräften, Einrichtungen und weiteren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Beratung und Fortbildungen im Themenfeld Islam, Islamismus, Salafismus und Islamfeindlichkeit sowie zu Ansätzen der präventiven pädagogischen Arbeit an. Neben Jugendeinrichtungen oder Jugendverbänden können sich auch Schulen, religiöse Einrichtungen oder das Jobcenter mit Beratungs- und Fortbildungsanliegen im Rahmen der bestehenden Kapazitäten an die Fachstelle wenden. Diese breit angelegte Vernetzung wird angestrebt, um Fachkräfte, die in ganz verschiedenen Bereichen mit Jugendlichen arbeiten, zu erreichen und mit präventionsrelevanten Angeboten zu unterstützen.

Die Fachstelle setzt an verschiedenen Standorten in Bayern (bisher Regierungsbezirk Schwaben und Nürnberg Stadt) neben Fachkräften zur pädagogischen Unterstützung auch junge Teamerinnen und Teamer ein, die im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten direkt mit Jugendlichen in Jugendeinrichtungen oder an Schulen arbeiten. Themenfelder der Workshops sind unter anderem: Islam und Demokratie, Salafismus, Islamfeindlichkeit, Geschlechterrollen.



Violence
Prevention Network

Beratungsstelle von Violence Prevention Network e.V. in Bayern

Im Bereich der Deradikalisierung arbeitet das im Bayerischen Landeskriminalamt eingerichtete Kompetenzzentrum für Deradikalisierung mit dem zivilgesellschaftlichen Träger **Violence Prevention Network e.V. (VPN)** zusammen.

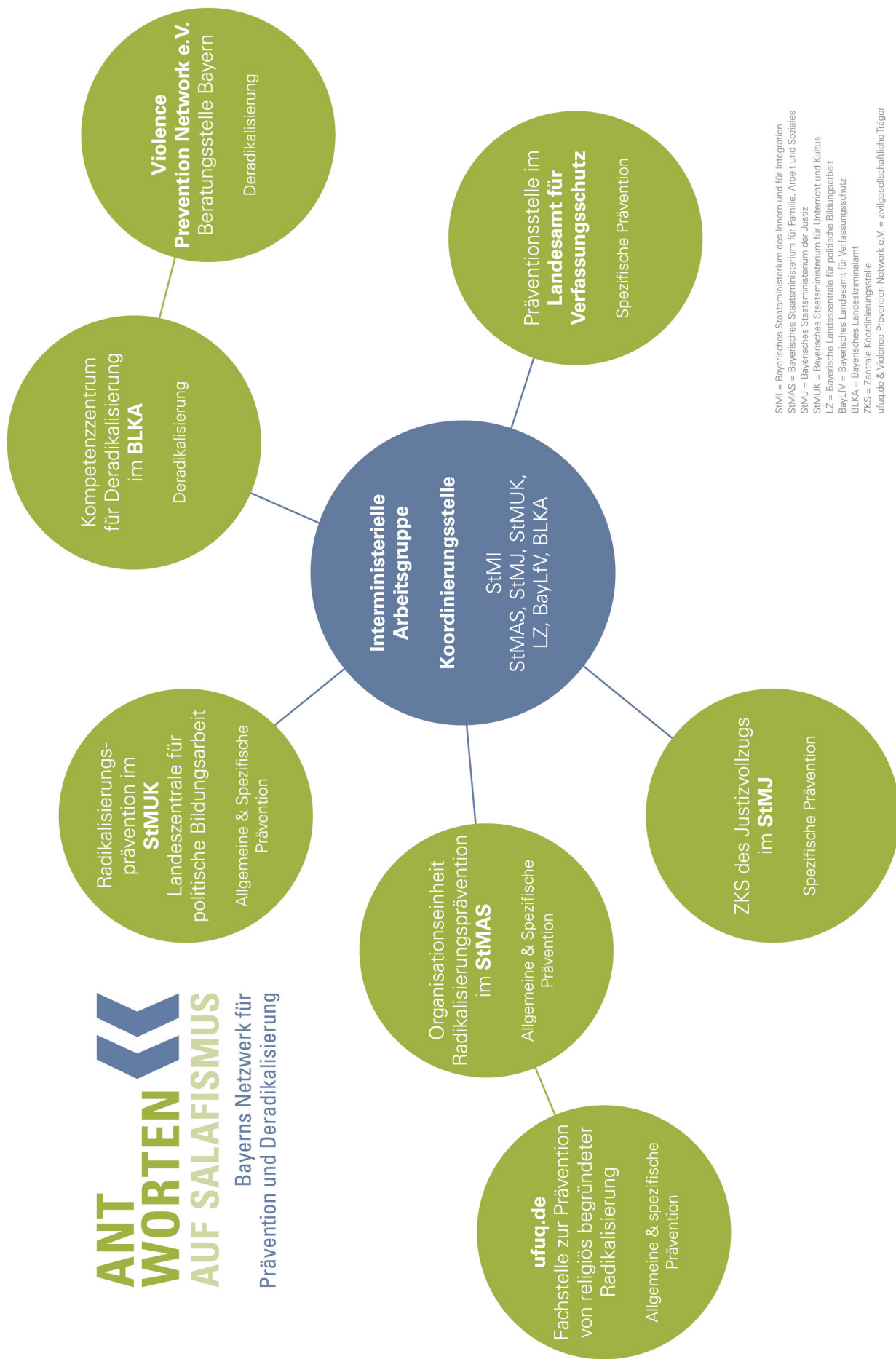
Der zivilgesellschaftliche Träger VPN unterhält in Bayern eine eigene Beratungsstelle mit Sitz in München. Die Beratungsstelle ist derzeit mit acht Stellen (plus erforderliche Nebenkosten) ausgestattet, die durch Mittel des bayerischen Staatshaushaltes sowie Bundes- und EU-Gelder finanziert werden. Die **„Beratungsstelle Bayern“** arbeitet mit jungen Menschen, die islamistische Tendenzen aufweisen, in Kriegsgebiete ausreisen möchten mit dem Ziel am Jihad teilzunehmen oder aus Syrien bzw. dem Irak zurückkehren und sich in Haft befinden. Auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge können das Beratungsangebot in Anspruch nehmen.

Das Ziel der „Beratungsstelle Bayern“ ist die Radikalisierungsvermeidung bzw. Deradikalisierung junger Menschen sowie die Beratung der Angehörigen in der Ausstiegsbegleitung. Die Mitarbeiter der „Beratungsstelle Bayern“ suchen den direkten Zugang zu jungen Menschen und sprechen Gefährdete im Umfeld des Salafismus schnell vor Ort an, um Ausstiegsprozesse aus einem bereits stattgefundenen Radikalisierungsprozess zu initiieren. Flankierend schafft das Trainer-Team ein unterstützendes Angebot für deren Angehörige (und das nähere Umfeld), die sich im Umgang mit ihren sich entfremdenden Kindern (bzw. Schülern, Freunden etc.) hilflos und ohnmächtig fühlen.

VPN arbeitet bereits seit fünfzehn Jahren mit Menschen, die wegen rechtsextremistisch oder religiös motivierter Gewalttaten inhaftiert sind sowie mit Jugendlichen, die Gefahr laufen, sich zu radikalisieren. Ein zentrales Element der Arbeit von VPN ist das Deradikalisierungsprogramm in Haft „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt.“ Schon seit 2013 arbeitet VPN in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen mit Angehörigen von radikalisierten Jugendlichen, die als „Foreign Fighters“ in Kriegsgebiete ausreisen wollen oder bereits ausgereist sind. Im Rahmen von Beratungsstellen bietet VPN Deradikalisierungstrainings und Ausstiegsbegleitung für Radikalisierte an.

VPN ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte, die seit Jahren mit Erfolg in der Deradikalisierungsarbeit und Extremismusprävention tätig sind und sich durch hohe fachliche Kompetenz auszeichnen.

NETZWERKPARTNER



Gemeinsame Maßnahmen und Projekte des Netzwerks

Unter dem Motto „Antworten auf Salafismus“ realisiert das Netzwerk mit verschiedenen aufeinander abgestimmten Maßnahmen und Projekten bayernweit eine Kampagne, um für das Thema Radikalisierung und Salafismus zu sensibilisieren und auf das Netzwerk, dessen Angebote und die jeweiligen Ansprechpartner aufmerksam zu machen.

■ Internetauftritt „Antworten auf Salafismus“

Wichtige Bestandteile einer nachhaltigen Präventionsarbeit sind auch die umfassende Information und Aufklärung über den Salafismus und seine verschiedenen Erscheinungsformen sowie das Aufzeigen von Hilfs- und Beratungsangeboten für all jene, die regelmäßig mit Jugendlichen zusammenarbeiten oder in Kontakt stehen.

Die Internetplattform „Antworten auf Salafismus“ gibt verlässliche Informationen über das Phänomen und verlinkt zu Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern. Zielgruppe der Internetplattform sind in erster Linie Behörden, interessierte Bürger, Familie, Freunde, soziales Umfeld von (gefährdeten) Jugendlichen, die auf der Suche nach Information und ggf. Unterstützung sind. Auf der Website steht außerdem umfangreiches Download-Material zur Verfügung. Die Plattform ist am 24. November 2016 unter **www.antworten-auf-salafismus.de** öffentlichkeitswirksam online gegangen.

Die wichtigsten Informationen der Website sind auch in den Sprachen Englisch, Französisch, Türkisch, Arabisch und Russisch abrufbar.

■ Werbekampagne des Netzwerks

Mittels einer Werbekampagne wirbt das Netzwerk gezielt für den Internetauftritt. Es wird mit typischen Fragen von verschiedenen Zielgruppen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven geworben, auf die das Internetportal Antworten bietet. Im Rahmen der Kampagne wurde diesen Fragen ein Gesicht (z. B. Lehrer, Mutter, Freundin) gegeben. Die Gesichter werden u. a. für zielgruppenspezifische Banner-Werbung in den Online-Medien sowie für Plakate und Rollups verwendet.

■ Informationsveranstaltungen des Netzwerks bei den Regierungen

Um das Beratungs- und Unterstützungsangebot des Netzwerks und die jeweiligen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner noch bekannter zu machen und möglichst flächendeckend für das Phänomen der Radikalisierung und die Hintergründe zu sensibilisieren, wurden in allen Regierungsbezirken Informationsveranstaltungen für Multiplikatoren durchgeführt. Zielgruppen waren insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungen, der Helferkreise sowie die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren, die Verantwortlichen für die Unterbringung von Flüchtlingen sowie die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Oft besteht im Nachgang einer solchen ersten Veranstaltung der Bedarf nach weiteren Veranstaltungen für spezifische Berufsgruppen und spezielle Themen. Diese werden vom Netzwerk im Rahmen sog. Multiplikatorenschulungen (siehe nächster Punkt) begleitet.

■ Multiplikatorenschulungen (Aufklärung & Sensibilisierung von Fachkräften)

Spezifische Präventionsmaßnahmen sollen Fachkräfte und Multiplikatoren bei der frühzeitigen Erkennung von Radikalisierung und im Umgang mit radikalierungsgefährdeten Personen durch Sensibilisierung, Aufklärung und Praxisschulungen unterstützen.

Unser Netzwerk führt in ganz Bayern Informationsveranstaltungen durch, um möglichst flächendeckend für das Phänomen der Radikalisierung und dessen Hintergründe zu sensibilisieren und das Beratungs- und Unterstützungsangebot des Netzwerks und die jeweiligen Ansprechpersonen noch bekannter zu machen.

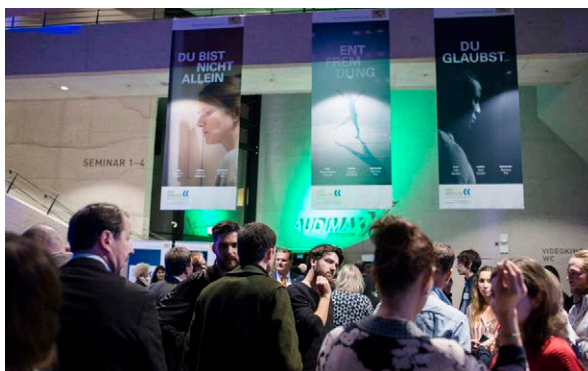
Zielgruppen dieser Veranstaltungen sind insbesondere

- Mitglieder der Regierungen
- Beteiligte der Helferkreise
- zuständige Personen für die Ehrenamtskoordination
- Verantwortliche für die Unterbringung von Flüchtlingen
- Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe
- Polizei und Sicherheitspersonal
- Lehrkräfte

Das Netzwerk hat seit seiner Gründung über 15.000 Fachkräfte (vor allem Multiplikatoren), Angehörige und Betroffene im Rahmen von Vorträgen, Veranstaltungen, Fortbildungen und Beratungsleistungen erreicht.

■ **Filmwettbewerb mit der Hochschule für Fernsehen und Film München**

Gemeinsam mit der Hochschule für Fernsehen und Film München (HFF) hat das Netzwerk im Mai 2017 Studierende zu einem Filmwettbewerb eingeladen. Die jungen Filmemacherinnen und -macher sollten in kurzen Clips das Thema Radikalisierung aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten. Aus acht eingereichten Konzepten wählte eine Jury drei Filme aus. Vorgestellt wurden die Sieger-Clips bei einer Premierenfeier in der HFF im November 2017. Die Filmspots mit den Titeln „Du glaubst ...“, „Du bist nicht allein“ und „Entfremdung“ sind u. a. auf der Website **www.antworten-auf-salafismus.de** abrufbar und wurden bis Anfang des Jahres 2018 auch in ausgewählten bayerischen Kinos als Kinowerbung gezeigt. 1.760.000 Zuschauer konnten erreicht und so für das Thema sensibilisiert werden.



■ **Fachtagungen und Vernetzungstreffen des Netzwerks**

- Auftaktveranstaltung des „Bayerischen Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerks gegen Salafismus“ am 1. und 2. Dezember 2015
- Fachtag „Antworten auf Salafismus“ am 24. November 2016 mit Präsentation des neuen Internetauftritts des Netzwerks **www.antworten-auf-salafismus.de**
- Fachtagung zum Thema „Vorurteile, Stereotype und Konflikte in einer vielfältigen Gesellschaft – Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit muslimischen Kooperationspartnern“

am 2. und 3. März 2016 in Kooperation mit der Clearingstelle im BAMF

- Vernetzungstreffen für die Projektträger im Bereich „Prävention“ am 26. Juli 2017 im StMAS
- Premierenfeier und Filmpreisverleihung als Abschluss des Filmwettbewerbs mit der Hochschule für Fernsehen und Film am 7. November 2017

■ **Infobroschüre über das Netzwerk**

Das Netzwerk stellt sich außerdem in einer Informationsbroschüre vor, in der die Aufgaben, Strukturen, Ansprechpartner und Angebote des Netzwerks kompakt dargestellt werden. Sie ist im offiziellen Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung bestell- und abrufbar unter **www.bestellen.bayern.de**.



■ **Videoclip über das Netzwerk**

Die Aufgaben, Strukturen, Ansprechpartner und Angebote des Netzwerks werden darüber hinaus in einem kurzen Videoclip präsentiert, der unter anderem auf der Website „Antworten auf Salafismus“ abzurufen ist und auf Veranstaltungen und bei Vorträgen der Netzwerkpartner gezeigt wird.

Das Bayerische Netzwerk präsentiert sich zudem einer breiten Öffentlichkeit bei Anlässen wie Messen, Tagen der offenen Tür und auf dem Deutschen Präventionstag sowie mit Beiträgen in Fachpublikationen.

PRÄVENTION

Die Vorbeugung oder Prävention ist wichtig im Kampf gegen extremistische Strömungen wie den Salafismus. Prävention hilft, Probleme zu vermeiden, bevor sie entstehen. So heißt es im Gesundheitsbereich „Vorbeugen ist besser als heilen“. Bei der Bekämpfung von Extremismus gilt das gleiche Prinzip. Prävention macht Menschen immun gegen extremistische Botschaften. Sie verringert die Gefahr, dass Menschen sich z. B. dem Salafismus zuwenden und womöglich sich selbst oder andere gefährden.

In der Präventionsarbeit werden Jugendliche – oft spielerisch, z. B. in Workshops, Rollenspielen oder Theaterprojekten – zur Auseinandersetzung angeregt: mit ihrem Selbstbild, ihren Einstellungen, ihren Werten und ihrem Weltbild, ihrem Verständnis von Demokratie. Allgemeine Prävention stößt Entwicklungsprozesse an und stärkt Jugendliche in ihrem Selbstbewusstsein: Wer in sich ruht, ist weniger anfällig für Propaganda und Einflussnahme z. B. durch Salafisten. Maßnahmen der allgemeinen Prävention finden in erster Linie im Verantwortungsbereich des Kultus- und Sozialministeriums statt.

Salafismusprävention hängt eng mit der Stärkung unserer Demokratie zusammen. Junge Menschen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und unseres demokratischen Miteinanders. In Schulen und Jugendeinrichtungen sollen junge Menschen für problematische Entwicklungen und fragwürdige Angebote sensibilisiert werden und lernen, vereinfachte Vorstellungen und Weltbilder kritisch zu hinterfragen.

Salafismusprävention im Bereich Schule und Bildung

Die Prävention gegen extremistische Bestrebungen wie dem Salafismus ist auch Bestandteil des Konzepts des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zur Gewaltprävention, das eine fundierte Werteerziehung, die Stärkung der Kinder und Jugendlichen in ihrer Selbst- und Sozialkompetenz und die Entwicklung von Kompetenzen für gewaltlose Konfliktbewältigung umfasst. Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erzieht insbesondere junge Menschen zur

Bereitschaft, empathisch und couragiert am staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Miteinander teilzunehmen, extremistischen Anschauungen in jeder Form argumentativ entgegenzutreten und sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aktiv einzusetzen.

Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz

Im Bereich der Schule unterstützen die „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ bei einer passgenauen, individuellen Prävention und Orientierung im Bereich politischer Extremismus und Salafismus: Als kompetente Ansprechpartner begleiten und beraten sie Erziehungsberechtigte, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen. Die Regionalbeauftragten sind dienstlich an die neun Schulberatungsstellen in Bayern angebunden und können u. a. über diese kontaktiert werden.

www.schulberatung.bayern.de/schulberatung/bayern/fragen_paed_psy/demokratie_toleranz/

Was machen die Regionalbeauftragten?

Die Regionalbeauftragten sind in der Regel Schulpsychologen oder Beratungslehrkräfte. Bei ihrer Präventionsarbeit an und mit den Schulen entwickeln und realisieren sie Beratungsszenarien mit betroffenen Jugendlichen, Erziehungsberechtigten und Lehrkräften. Sie regen Diskussionen und Gesprächsprozesse an, begleiten diese und beziehen bei Bedarf geeignete (außerschulische) Experten und Ansprechpartner mit ein. Dabei stehen u. a. Handlungsmöglichkeiten im praktischen Umgang mit dem Phänomen „Salafismus“ im Fokus.

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus bietet gemeinsam mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) Dillingen ein Fortbildungsprogramm für die Regionalbeauftragten an. Hier wird seit 2015 die Bedrohung von Jugendlichen durch salafistische Strömungen besonders berücksichtigt. Zusätzlich werden die Regionalbeauftragten regelmäßig

gecoacht und wissenschaftlich begleitet. So können sie die Jugendlichen noch besser in einer fundierten und reflektierten Auseinandersetzung mit dem Thema Salafismus unterstützen.

Lehrerfortbildungen

Seit 2017 finden Kooperationsveranstaltungen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, den Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz, der BIGE (Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus) und dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz statt. So zum Beispiel:

- „Salafismus/Islamismus und Islamfeindlichkeit als Herausforderung für die Schule“: Lehrerfortbildung an der Beruflichen Oberschule in Ansbach am 25.01.2017 mit ca. 50 Teilnehmern
- „Salafismus und Rechtsextremismus – Herausforderungen für Schule und Gesellschaft“: Lehrerfortbildung für Lehrkräfte aller Schularten in Königsbrunn am 27.03.2017 mit ca. 140 Teilnehmern
- „Islamismus, Salafismus und Rechtsextremismus – Herausforderung für Schule und Gesellschaft“: Lehrerfortbildung für Lehrkräfte aller Schularten in Regensburg am 10.05.2017 mit ca. 80 Teilnehmern
- Informationsveranstaltungen zum Themenfeld Salafismus und Rechtsextremismus der Regierung von Oberbayern für Mittelschullehrkräfte: am 11.05.2017 in Ingolstadt (ca. 130 Teilnehmer), am 15.05.2017 in Rosenheim (ca. 150 Teilnehmer) und am 30.05.2017 in München (ca. 130 Teilnehmer)
- „Salafismus und Rechtsextremismus – Herausforderung für Schule und Gesellschaft“: Lehrerfortbildung für Lehrkräfte aller Schularten in Bayreuth am 04.10.2017 mit ca. 70 Teilnehmern

„Islamischer Unterricht“: der Modellversuch

Einen Beitrag zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Weltreligion des Islam leistet der seit dem Schuljahr 2009/2010 eingerichtete und bis 2019 verlängerte Modellversuch „Islamischer Unterricht“ (IU), der derzeit an ca. 340 bayerischen Schulen eingerichtet ist und seit

dem Schuljahr 2017/2018 auch an den Berufsschulen angeboten wird.

Der Modellversuch ist ein Angebot zur Persönlichkeitsbildung und hilft muslimischen Kindern und Jugendlichen, sich bewusst mit dem Thema Religion zu beschäftigen. Die Schülerinnen und Schüler erhalten ein authentisches und zuverlässiges Wissen über Glaubensinhalte sowie Antwortangebote auf existenzielle Fragen. Sie sehen sich wertgeschätzt und sind dann auch leichter bereit, sich in andere Menschen hineinzusetzen. Die systematische Einbeziehung interreligiöser und persönlichkeitsbildender Inhalte stellt ein Gegengewicht zu einseitiger bzw. fundamentalistischer Indoktrination dar.

Der Unterricht ist zudem wesentlich für die Bildung von Werten: Muslimische Jugendliche können entdecken, dass die modernen Menschenrechte und die Grundwerte der europäischen Demokratien nicht im Widerspruch zur islamischen Glaubenslehre stehen müssen. Schließlich trägt der Islamische Unterricht zur gesellschaftlichen Integration bei, indem die jungen Leute Zugehörigkeit zur Schulgemeinschaft und im weiteren Sinne zur Gesamtgesellschaft erleben.

Die Evaluation hat die signifikante Wirksamkeit und die hohe Akzeptanz des Islamischen Unterrichts bei den muslimischen Familien bescheinigt.

Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Am Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ nehmen bayernweit derzeit 538 Schulen (Stand 12.03.2018) teil. Kinder und Jugendliche setzen sich im Rahmen der Initiative entschlossen gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt ein. An den SOR-Schulen organisieren Schülerinnen und Schüler kleinere, aber auch zwei bis drei größere Aktionen gegen Diskriminierung und Rassismus, beispielsweise durch Impulse für Diskussionen oder durch die Organisation von Ausstellungen. Mit solchen Initiativen wird die gesamte Schulfamilie erreicht und ein wichtiger Beitrag gegen Rassismus sowie zum offenen und respektvollen Umgang miteinander geleistet.

Das Bayerische Sozialministerium fördert bayernweite Maßnahmen und Projekte zur Radikalisierungsprävention:

Das von der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention GmbH entwickelte Projekt „Rethink“ wird in bayerischen Bildungseinrichtungen (schulisch und außerschulisch) angeboten und richtet sich speziell



FREIHEIT BEGINNT IM KOPF



Das Projekt „Aktiv gegen Vorurteile“ (www.aktiv-gegen-vorurteile.de) hat das Ziel, Vorurteile abzubauen und Toleranz zu fördern. In gemeinsamen Medienprojekten geben Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund innovative und kreative Antworten auf menschenfeindliche Einstellungen wie Islamfeindlichkeit, Antisemitismus oder die Abwertung von Asylbewerbern. Dazu greifen sie Vorurteile von und über Jugendliche unterschiedlicher Herkunft auf und entwickeln Ideen für ein gelingendes Zusammenleben. In jeweils dreitägigen Medienprojekten wurden bisher von rund 200 Jugendlichen über 50 Audio- und Videoclips produziert, die gegen Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit aufrütteln sollen und dazu aufrufen, Vorurteile kritisch zu hinterfragen und zu korrigieren. Die Audiobeiträge werden von Jugendradio-redaktionen in ganz Bayern produziert und ausgestrahlt. Geplant sind rund 25 weitere Kampagnenclips.

jumi

Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen fehlt es oftmals an Halt, Orientierung und tragfähigen Perspektiven. In dieser „Suchbewegung“ besteht nicht selten die Gefahr, dass sie sich von unserer demokratisch verfassten Gesellschaft abwenden, offen sind für einfache Antworten und Erklärungen und damit auch für salafistisches und islamistisches Gedankengut.

Mit psychosozialen und bewegungsorientierten Einzel- und Gruppenangeboten trägt „jumi“ zur Stabilisierung der Jugendlichen, zum Aufbau stabiler Beziehungen und zur Entwicklung persönlicher und beruflicher Perspektiven bei. Die Maßnahmen von jumi werden eng mit den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort abgestimmt und ergänzen diese. Im Rahmen des in der Stadt und im Landkreis Aschaffenburg angesiedelten Projekts wurden bisher rund 300 Jugendliche in 24 Schulklassen angesprochen und rund 60 Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund bei der individuellen Aufarbeitung ihrer Problemlagen unterstützt und begleitet.



Initiative

jumi
für Jugend und Migration

Dialog FÜR Demokratie

Das Projekt „Dialog FÜR Demokratie“ stärkt Jugendliche in ihrem Demokratieverständnis.

Es wirkt verbandsübergreifend und interkonfessionell zwischen christlichen und muslimischen Jugendverbänden – unter dem Dach des Bayerischen Jugendrings und mit Unterstützung der Eugen-Biser-Stiftung. Gemeinsam wollen die Projektpartnerinnen und -partner von

bestehenden, jugendgerechten Formen des Dialogs auf lokaler Ebene lernen und neue Formate entwickeln, die den Dialog der Religionen und Kulturen im Einsatz

für die Demokratie nach vorne bringen sollen. Aktive in der Jugendarbeit sollen die Möglichkeit bekommen, an den im Rahmen des Projekts „Dialog FÜR Demokratie“ entwickelten Fortbildungen teilzunehmen.

... FÜR ein fröhliches und offenes Miteinander

... FÜR Mut zur Diskussion und respektvolle Auseinandersetzung

... FÜR ein demokratisches Selbstverständnis, in dem Platz für alle Religionen ist

Im Rahmen von Austausch- und Vernetzungstreffen sowie auf Diskussionsforen sowohl auf Landesebene als auch auf regionaler und lokaler Ebene wurden im Jahr 2017 über 100 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der konfessionellen Jugendarbeit in Bayern erreicht.



Dialog FÜR
Demokratie

YouthBridge:
Jugend baut Brücken München

Im Projekt „YouthBridge:
Jugend baut Brücken München“
(www.youthbridge.eu)

werden Jugendliche aus verschiedenen Communities (z. B. jüdische, muslimische, christliche Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten) zu Multiplikatoren ausgebildet, die anschließend in ihren Communities als Vorbilder wirken sollen. Im Rahmen des Projektes beschäftigen sich die Jugendlichen mit der Frage: Wie wollen wir gemeinsam in dieser Stadt leben und ihre Zukunft gestalten? Junge Menschen, die Brücken bauen möchten und sich damit gleichzeitig gegen Rassismus, Radikalisierung und Antisemitismus einsetzen, durchlaufen das Ausbildungsprogramm der Europäischen Janusz Korczak Akademie in München.



Krass! Hauptsache radikal

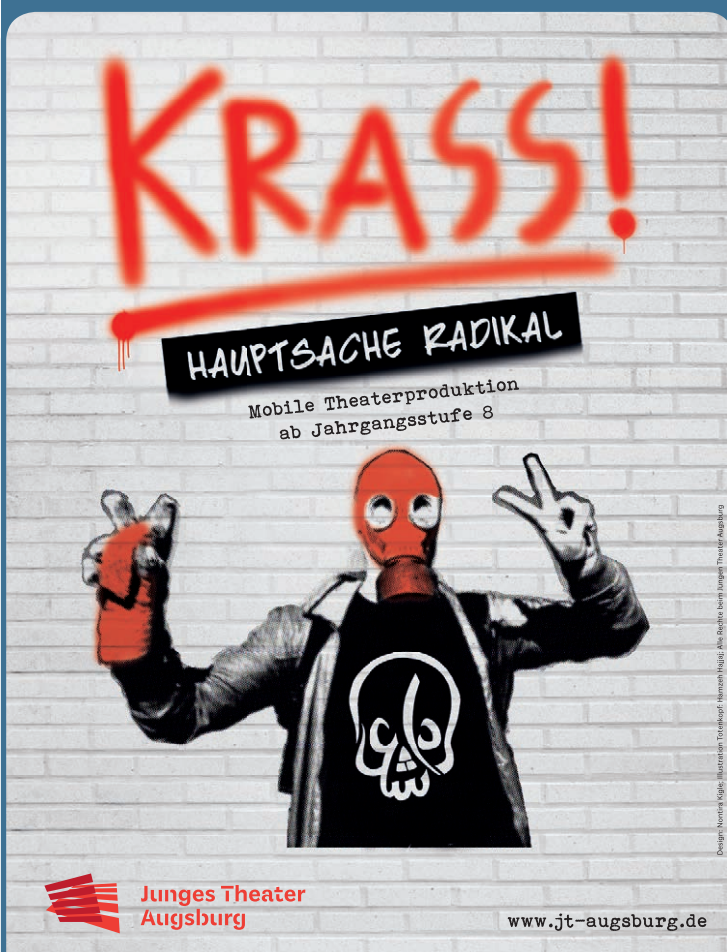
Im Mittelpunkt des Impulstheaterstücks „Krass! Hauptsache radikal“ stehen die „Lust“ am Krass-sein in jugendlichen Szenen von Hooligans über Jihad-Girls, IS-Krieger und Gangstas bis hin zu Neonazis. Ihre Styles, ihre Ästhetik, ihre Sounds und ihre Sprache verweisen auf neue

Formen einer jugendlichen Protestkultur, die in ihrer Radikalität und ihrer extremen Gewaltbereitschaft oft ratlos macht und nach Antworten verlangt.

Vor diesem Hintergrund und auf der Basis von O-Tönen, Recherchematerial, Interviews und biografisch-dokumentarischen Fragmenten entstand ein Theaterstück, das bayernweit schwerpunktmäßig in Schulen aufgeführt und thematisch sowohl vor- als auch nachbereitet wird. Dafür wurde ein Gesamtpaket entwickelt, ohne welches das Stück nicht buchbar ist: Im Vorfeld müssen die Lehrkräfte an einer Fortbildungsveranstaltung teilnehmen.

Die Nachbereitung besteht aus einem 90-minütigen Workshop, der von Sozial- und Theaterpädagoginnen und -pädagogen oder von durch ufuq.de geschulten Jugendlichen (Teamende) jeweils pro Klasse abgehalten wird.

Bis Ende 2017 wurde das Theaterstück 63 Mal vor insgesamt 5817 Zuschauerinnen und Zuschauern (Lehrkräfte und Schüler) aufgeführt.



Gefördert vom



Gefördert vom



Gefördert vom



Im Rahmen des Bundesprogramms



Demokratie **Lebend!**



MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg

Das Projekt „MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg“ möchte Muslimen in schwierigen Lebenssituationen den Rückhalt geben, der durch den Wandel traditioneller Strukturen häufig verloren geht – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Qualifizierte und flächen-deckende Angebote sollen außerdem salafistischer Propaganda und Agitation vorbeugen. Bei MUSA handelt es sich nicht um klassische Seelsorge wie sie beispielsweise im Auftrag der christlichen Kirchen auf der Grundlage des christlichen Welt- und Menschenbilds angeboten wird. Der Schwerpunkt von MUSA liegt vielmehr in der Begleitung und Betreuung von Menschen in existentiellen Krisen und Umbruchphasen, insbesondere dort wo Menschen entsprechenden Beistand benötigen, wie z. B. in Kliniken, Justizvollzugsanstalten oder Hospizen.

MUSA entstand aus dem offensichtlichen Bedarf an seelsorgerischer Grundversorgung der Muslime in den Augsburger Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Seit 2011 arbeiten Sunniten, Schiiten und Aleviten an den Augsburger Kliniken und Pflegeeinrichtungen im Sinne der gemeinsamen Aufgabe zusammen. MUSA wird nun landesweit ausgebaut und auch inhaltlich erweitert – etwa auf Träger der Notfallseelsorge, der Hospize und die Justizvollzugsanstalten sowie den Bereich der Flüchtlingsarbeit.

Seit Anfang 2018 besteht das MUSA-Team aus 56 Augsburger Muslimen unterschiedlicher Herkunft und Sprache, die jeweils in 148 Schulungsstunden für ihren Einsatz qualifiziert wurden. Sie begleiten Betroffene im Sinne der islamischen Geschwisterlichkeit durch psychosoziale Beratung und auf Wunsch durch religiöse oder spirituelle Hilfestellung. MUSA bietet dies für Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige in der Muttersprache an und ist zudem Ansprechpartner der Einrichtungen in religions- bzw. kultursensiblen Fragen.

Ab September 2018 werden MUSA-Seelsorger aus ganz Bayern dazukommen. Die „MUSA-Außenstellen“, die in Kooperation mit anderen Projektträgern in Nürnberg und Würzburg geplant sind, dienen den Teilnehmern als Anlaufstelle für die Umsetzung ihrer praktischen Arbeit. In Augsburg wird in Kürze die Seelsorgeberatung im Institut für transkulturelle Verständigung „itv“ für alle Menschen aus dem muslimischen Kulturkreis zur Verfügung gestellt. Diese Umsetzung ist auch in anderen Partnerstädten geplant. So können Menschen, die in den Einrichtungen bereits durch MUSA betreut wurden auch nach dem Verlassen der jeweiligen Einrichtung durch MUSA-Seelsorger begleitet werden. Die Arbeit der MUSA-Seelsorger wurde u. a. mit der Verleihung des Integrationspreises der Regierung von Schwaben im Jahr 2015 geehrt. Das Bayerische Sozialministerium hat für den landesweiten Ausbau des muslimischen Seelsorgenetzwerks von MUSA zusätzliche Mittel bereitgestellt.



MotherSchools

Mit dem Projekt „MotherSchools“ wird der Fokus auf das wichtige familiäre Umfeld von jungen Menschen gelegt. Mütter sind wichtige Anker, um der Gefährdung von jungen Menschen entgegenzutreten zu können. Im familiären Umfeld wird eine Veränderung des jungen Menschen i.d.R. als Erstes erkannt. Daher müssen Mütter besonders sensibilisiert und befähigt werden, ihr Wissen über Radikalisierung und die Gefahren durch Salafisten an andere Mütter weiterzugeben. Hier setzen die sog. MotherSchools an, die im zweiten Quartal 2017 an vier Standorten in Unterfranken in Kooperation mit Frauen ohne Grenzen (Wien) etabliert wurden.

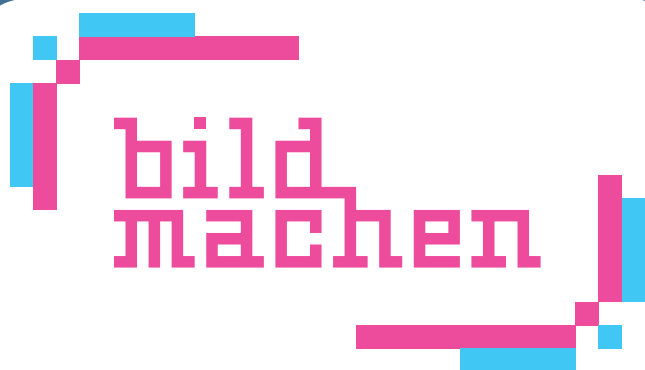
Zielgruppe sind Mütter mit und ohne Migrationshintergrund von Jugendlichen ab 12 Jahre und jungen Erwachsenen in bestehenden Communities mit patriarchalen Strukturen, aber auch geflüchtete Frauen. In den 10-wöchigen Workshops der MotherSchools lernen Mütter, in ihren Familien und Gemeinschaften aufmerksam zu sein und gemeinsam Schritte gegen Radikalisierung zu setzen. Die Mütter erarbeiten sich mit Hilfe ausgebildeter Teacher Strategien, um mit ihrem Nachwuchs in der Pubertät im Gespräch zu bleiben, lernen Fakten über die psychosoziale Entwicklung von Kindern, Kommunikations- und Konfliktarbeit, erarbeiten sich push- und pull-Faktoren, aber auch den Wert von Netzwerkarbeit. Die Pilotphase erreichte ihren vorerst letzten Meilenstein am 15. Dezember 2017 mit der sog. Graduation Ceremony in der Residenz Würzburg. Die insgesamt 58 Absolventinnen und 14 Lehrerinnen und Notetakerinnen aus den vier Modellstandorten wurden in diesem Rahmen offiziell geehrt. Die Modellstandorte wurden 2018 verstetigt. Es werden jeweils zwei MotherSchools-Workshop-Reihen an den vier unterfränkischen Standorten stattfinden. Die Etablierung neuer Standorte für die MotherSchools ist ab Herbst 2018 mit Haushaltsmitteln des Bundes geplant.

**W O M E N
W I T H O U T
B O R D E R S**

MotherSchools

bildmachen

Soziale Medien spielen im Alltag von Jugendlichen eine herausragende Rolle. Mit gezielter Propaganda im Internet und insbesondere in sozialen Medien versuchen Extremisten vor allem Jugendliche und junge Erwachsene für sich zu gewinnen. Im Rahmen des Projekts bildmachen sollen Jugendliche in ihrer Medienkompetenz gestärkt werden. Jugendliche sollen sich dabei insbesondere mit demokratiefeindlichen, salafistischen Weltbildern in den sozialen Medien auseinandersetzen und über inhaltliche und medienpädagogische Schulungen in die Lage gebracht werden, Alternativen dazu aufzuzeigen. Bildmachen ist ein – von Bayern angestoßenes – Länder-übergreifendes Projekt, an dem neben Bayern mit dem bundesweit tätigen zivilgesellschaftlichen Träger Ufuq e.V. Berlin sowie dem Institut für Medienpädagogik – JFF derzeit auch Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen beteiligt sind.



Prävention in der Flüchtlingsarbeit

Flüchtlinge sind eine wichtige Zielgruppe in der Präventionsarbeit. Sie haben oft Schreckliches erlebt, sind unsicher und orientierungslos, wenn sie in Deutschland ankommen. Deshalb können sie für salafistische Propaganda unter Umständen empfänglich sein. Andererseits sind viele Flüchtlinge selbst vor jihadistischem Terror geflohen. An diese Menschen und an jene, die sie betreuen, richtet sich die Präventionsarbeit.

Hilfe für Fachkräfte & Ehrenamtliche

Was ist Kultur? Was ist noch normale Religionsausübung und wo beginnt der Salafismus? Solche Fragen sind leicht gestellt, aber schwer zu beantworten. Viele Fachkräfte, die in der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung arbeiten, sowie ehrenamtliche Helfer sind damit überfordert.

Das Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus bietet Fortbildungs- und Informationsmaßnahmen zu folgenden Themen:

- Islam
- Umgang mit patriarchalen Strukturen
- Salafismus
- Radikalisierung



Augsburg

Das Projekt „Aufbau von kleinräumigen Netzwerken in Augsburg zur Prävention von Salafismus“ startete am 1. September 2016. Sein vorrangiges Ziel ist die Vernetzung in kleinräumigen Bezirken (nicht stadtweit). Denn in kleinen Einheiten ist es einfacher, eine vertrauensvolle Verständigung und Zusammenarbeit aufzubauen. So können sich die beteiligten Akteure besser mit dem Netzwerk identifizieren. Informations- und Fortbildungsmaßnahmen klären über religiös begründete Radikalisierung auf und bei regelmäßigen Treffen werden gegenseitige Vorurteile abgebaut. Durch eine aktive Öffentlichkeits- und Medienarbeit werden gesellschaftliche Diskurse in diesem sehr emotionalen Themenfeld versachlicht. Ein Schwerpunktthema in 2017 war die Arbeit mit Mädchen/Frauen. Neben einem Fachtag „Religiös begründete Radikalisierung von Mädchen“ mit Experten von Ufuq e.V. Berlin und dem Institute for Strategic Dialogue (ISD) aus London, wurde in Augsburg das Filmprojekt für Mädchen „Aufdrehen“ erfolgreich umgesetzt.

Prävention in Kommunen

Die kommunale Ebene spielt eine zentrale Rolle in der Präventionsarbeit. Mithilfe von kommunalen Netzwerken, die sich mit dem Phänomen des Salafismus auseinandersetzen, können Gesamtkonzepte für die spezifische Situation vor Ort entwickelt werden. In solche kommunalen Präventionsnetzwerke sollen alle eingebunden werden, die einen direkten Zugang zu gefährdeten Gruppen haben. Polizei, Jugend- und Sozialarbeit sind in ständigem Austausch und bilden damit vor Ort eine wichtige Schnittstelle zwischen Prävention und Sicherheit.

Im Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus fördert das Sozialministerium den Aufbau kommunaler Netzwerke. Derzeit existieren drei kommunale Modellprojekte: Augsburg, Würzburg und Nürnberg. Mit bereits bestehenden Netzwerkstrukturen – wie jenen der Landeshauptstadt München – erfolgt, losgelöst von der Errichtung neuer Strukturen, eine Zusammenarbeit mit den landesweiten Beratungsangeboten wie der beim Bayerischen Sozialministerium angesiedelten Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung in Bayern – ufuq.de, die Einrichtungen der Bildungs- und Jugendarbeit, kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure im pädagogischen Umgang mit demokratie- und freiheitsfeindlichen Einstellungen informiert und berät.

Die kommunalen Präventionsnetzwerke in Augsburg, Nürnberg und Würzburg haben sich in der Praxis bewährt und sollen weiter in die Fläche getragen werden.



Nürnberg

Das Nürnberger „Präventionsnetzwerk gegen Salafismus“ startete am 1. Juni 2016. Es bündelt die bestehenden Beratungs- und Präventionsangebote im Bereich Salafismus in Nürnberg. Außerdem identifiziert es Ressourcen und Defizite, gewinnt Partner und entwickelt konkrete Projekte zur Sensibilisierung und Prävention.

Zur Zielgruppe zählen junge Menschen, Multiplikatoren, religiöse und soziale Bezugspersonen. Die Gesamtkoordination erfolgt im städtischen Menschenrechtsbüro. Dies sichert einen breiten Zugang zu den bedeutendsten Akteuren in diesem Themenfeld.

Alle vier Monate treffen sich Akteure aus den Bereichen Jugendarbeit, soziale Arbeit mit Geflüchteten, Bildung, Sicherheit sowie aus den muslimischen Gemeinden und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen zum Kennenlernen, fachlichen Austausch und zur weiteren Vernetzung. Das Netzwerk koordiniert zudem die von der Fachstelle ufuq.de am Standort Nürnberg ausgebildeten insgesamt neun „Teamenden“, die wertvolle Partner des Präventionsnetzwerkes in der Arbeit mit Jugendlichen sind.



Würzburg

Im Sommer 2017 wurde durch die Stadt sowie den Landkreis Würzburg und unter enger Einbindung des Polizeipräsidiums Unterfranken das „Interkommunale Präventionsnetzwerk gegen religiös begründete Radikalisierung“ geschaffen. Ziel des Netzwerks ist es, vor Ort geeignete Maßnahmen und Angebote im Spektrum zwischen Prävention und Radikalisierung zu implementieren und dadurch ein höheres Maß an vertrauensvollem Zusammenleben in den Sozialräumen und Wohnquartieren zu erreichen. Dabei sollen neben den Ansprechpartnern des Bayerischen Netzwerks für Prävention und Radikalisierung gegen Salafismus auch die Akteure der aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten, bei der Stadt Würzburg angesiedelten Partnerschaft für Demokratie (PfD) eng in die Netzwerkarbeit eingebunden werden.

Im Jahr 2018 sind weitere Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen insbesondere für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte und Eltern geplant. Darüber hinaus wird das Programm MoPäd (mobile pädagogische Angebote) um das Themenfeld „Radikalisierungsgefährdung junger Menschen“ erweitert und als Regelangebot ausgebaut. Zudem wird in das an Schulen angebotene Gewaltpräventionsprojekt 3D-Projekt (Gewalt-Sucht-Soziale Kompetenz) ein Baustein Salafismusprävention integriert.

Radikalisierungsprävention und Extremismusbekämpfung im Justizvollzug

Der bayerische Strafvollzug stellt sich seit jeher entschlossen und tatkräftig den Herausforderungen bei der Bekämpfung von Extremismus und Verhinderung von extremistischen Radikalisierungsversuchen gleich welcher Art. Innerhalb der Anstalten leisten sämtliche Berufsgruppen wertvolle Beiträge im Sinne eines vernetzten Zusammenwirkens, insbesondere auch gegen islamistische bzw. salafistische Strukturen. Um Radikalisierungstendenzen von Gefangenen noch besser zu erkennen und diesen begegnen zu können sowie zur weiteren Optimierung der Unterstützungsangebote zur Deradikalisierung von bereits radikalisierten Gefangenen unternimmt der bayerische Justizvollzug konkret folgende Anstrengungen:

Einrichtung einer Zentralen Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus in Justizvollzugsanstalten (ZKS)

Zum 1. Dezember 2015 wurde die Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus in Justizvollzugsanstalten (ZKS) im Geschäftsbereich der Abteilung Justizvollzug, Referat „Extremismusbekämpfung im Justizvollzug“, des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz eingerichtet, die von einer Islamwissenschaftlerin geleitet wird. Das Aufgabenspektrum umfasst u. a.:

- Fortschreibung von Handlungsstrategien für den bayerischen Justizvollzug im Umgang mit sich radikalisierenden oder bereits radikalisierten Gefangenen
- Fortentwicklung bestehender und Implementierung neuer Behandlungsmethoden für radikalierungsgefährdete bzw. bereits radikalisierte Gefangene
- Fortlaufende Fortbildung und fachliche Unterstützung der Bediensteten, insbesondere hinsichtlich des Erkennens und des Umgangs mit radikalisierten Gefangenen
- Fachliche Begleitung und Unterstützung des Ausbaus der muslimischen Gefängnisseelsorge

- Verdichtung der Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden
- Koordinierung bei salafistischen/islamistischen Verdachtsfällen im bayerischen Justizvollzug

Die ZKS konnte sich nicht nur innerhalb des bayerischen Justizvollzugs, sondern auch behördenübergreifend in kurzer Zeit als direkter Ansprechpartner erfolgreich etablieren.

Einsatz von Extremismusbekämpfungsbeauftragten (EBB)

Im bayerischen Justizvollzug werden aktuell zwei sog. Extremismusbekämpfungsbeauftragte eingesetzt (JVA München, JVA Nürnberg). Diese speziell geschulten Bediensteten haben u. a. die Aufgabe, extremistische Rekrutierungs- und Radikalisierungstendenzen zu erkennen, entsprechende Gegenmaßnahmen vor Ort zu unterstützen (bspw. Beobachtung auffälliger Gefangener, Brief- und Besuchsüberwachung) und den Informationsaustausch mit anderen Justizvollzugsanstalten, Sicherheitsbehörden und weiteren Stellen (bspw. Kompetenzzentrum für Deradikalisierung des Bayerischen Landeskriminalamtes, Bewährungshilfe, Ausländerbehörden) zu koordinieren bzw. zu optimieren.

Der Einsatz dieser EBB hat sich in der Praxis bereits bewährt, so dass der Ausbau dieser Stellen angedacht ist. So konnte der Informationsaustausch bei Gefangenen mit salafistischen bzw. jihad-salafistischen Bezügen zwischen der betroffenen Justizvollzugsanstalt und weiteren Behörden verstärkt werden. Erkenntnisse, die sich aus der engmaschigen Beobachtung solcher Gefangener im Justizvollzug ergaben, konnten dadurch schnell und vertrauensvoll weitergeleitet und entsprechend bearbeitet werden.

Seit Herbst 2017 wird zudem ein Sozialpädagoge als Extremismusbekämpfungsbeauftragter an der Bayerischen Justizvollzugsakademie in Straubing eingesetzt, der – in engem Austausch mit der ZKS – spezielle Aus- und Fortbildungsangebote zum Erkennen von Radikalisierungsprozessen und zum Umgang mit radikalierungsgefährdeten bzw. radikalisierten Gefangenen fortentwickelt,

um so die Bediensteten des bayerischen Justizvollzugs weiter zu stärken.

In Justizvollzugsanstalten, in denen keine eigenen Dienstposten für Extremismusbekämpfungbeauftragte geschaffen werden konnten, übernehmen – soweit möglich – geeignete Bedienstete (insb. Sicherheitsbeamte) diese zusätzliche Aufgabe (bspw. in Amberg, Augsburg-Gablingen, Kaisheim, Kronach, Landshut, Straubing, Würzburg).

Verstärkung der Islamismus-/Salafismusbekämpfung durch nationale und internationale Vernetzung

Um die Zusammenarbeit zwischen Justizvollzug und anderen Behörden sowohl national als auch international weiter zu stärken, steht die Leiterin der ZKS in einem engen und regelmäßigen Austausch mit verschiedenen Behörden und Stellen (u. a. Sicherheitsbehörden, Bewährungshilfe). Dieser Austausch findet nicht nur in konkreten Fällen, sondern auch im Rahmen von diversen Informationsveranstaltungen, Fachtagungen oder Konferenzen statt, um so im Wege des „best practice“ den bayerischen Justizvollzug weiter konsequent und nachhaltig zu stärken.

Ausbau der muslimischen Gefangenenseelsorge

Mit Unterstützung der ZKS-Leiterin konnten mehreren Justizvollzugsanstalten zusätzliche muslimische Seelsorger vermittelt werden. So wird derzeit beispielsweise in drei Justizvollzugsanstalten (Aichach, Augsburg-Gablingen, Landsberg a. Lech) der Einsatz von deutschsprachigen muslimischen Seelsorgern eines verbandsunabhängigen Projekts („MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg“) erprobt.

Des Weiteren wird seit Herbst 2017 eine Zusammenarbeit mit dem Leiter des Departments für Islamisch-Religiöse Studien (DIRS) an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (Prof. Dr. Tarek Badawia) zur Gewinnung von muslimischen Seelsorgern für den bayerischen Justizvollzug pilotiert. Im Rahmen von sog. Closed Workshops werden interessierte Muslime, Imame und Hodschas für den Einsatz in Gefängnissen entsprechend geschult und vorbereitet. Der probeweise Einsatz dieser muslimischen Seelsorger ist für 2018 geplant.

Betreuungsangebote zur Bekämpfung von Radikalisierungstendenzen

In allen bayerischen Justizvollzugsanstalten werden den Gefangenen mithilfe von geeigneten Behandlungs- und Betreuungsangeboten (z. B. schulische und berufliche Ausbildung, Sozialtherapie, Anti-Gewalt-Training, einzel- und gruppentherapeutische Maßnahmen, seelsorgerische Angebote) Handlungsalternativen und Perspektiven für die Zukunft nach der Haft aufgezeigt, um so einer Beeinflussung und letztlich Rekrutierung durch Extremisten entgegenzuwirken.

Neben diesen therapeutischen Angeboten, die auch und gerade für Gefangene mit extremistischem Hintergrund geeignet sind, werden im bayerischen Justizvollzug verschiedene spezifische Programme durchgeführt, die im Speziellen auf eine Behandlung extremistischer Straftäter abzielen (z. B. Power for Peace e.V., Projekt „Change: Bildungsprogramm für ideologisch gefährdete Jungen und jungen Männer“, KIM – Kurzintervention zur Motivationsförderung). Ein Fokus liegt dabei auf jugendlichen Inhaftierten, da diese in besonderem Maße für extremistisches Gedankengut – gleich welcher Art – anfällig sind. Zusätzlich bestehen, insbesondere im Erwachsenenvollzug, weitere therapeutische Angebote für Gefangene mit extremistischem Hintergrund, darunter Anti-Aggressivitäts-Trainings, Anti-Gewalt-Trainings und Reasoning & Rehabilitations-Programme.

Darüber hinaus erfolgt im bayerischen Justizvollzug eine intensive Zusammenarbeit mit den zuständigen außervollzuglichen Stellen und Behörden zur effektiven Gewährleistung einer begleitenden Betreuung nicht nur vor, sondern auch nach der Haftentlassung. Gefangene erhalten auf diese Weise wirksame Angebote für eine gelingende Resozialisierung. Im Sinne einer umfassenden Koordinierung arbeitet der bayerische Justizvollzug hierbei auch eng und frühzeitig mit maßgeblichen Stellen und Organisationen zusammen, die in der Wiedereingliederung nach der Entlassung tätig sind. Hierzu zählen beispielsweise unter anderem die Kommunen, die Träger der freien Straffälligenhilfe, die Bundesagentur für Arbeit, die Zentralen Beratungsstellen für Straftentlassenenhilfe und die Bewährungshilfe.

Zusätzlich steht der bayerische Justizvollzug in einem regelmäßigen und engen Austausch mit

Aussteiger- und Deradikalisierungsprogrammen, wie z. B. dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung beim Bayerischen Landeskriminalamt für den Bereich Islamismus bzw. Salafismus.

Projekt „ReStart – Freiheit beginnt im Kopf“

Seit Juni 2017 wurde in bayerischen Justizvollzugsanstalten im Bereich der Radikalisierungsprävention bzw. Frühprävention das Projekt „ReStart – Freiheit beginnt im Kopf“ erfolgreich pilotiert. Bisherige Programme und Projekte konzentrieren sich auf Personen, die bereits mit Islamismus bzw. Salafismus in Berührung gekommen sind, jedoch kaum bis gar nicht auf Radikalisierungsgefährdete. Entsprechend wurde seitens der Zentralen Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus (ZKS) gemeinsam mit der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention ein Konzept erarbeitet, das sich gezielt an radikalierungsgefährdete Gefangene richtet. Das Projekt „ReStart – Freiheit beginnt im Kopf“ legt den Schwerpunkt nicht auf bereits radikalisierte Gefangene, sondern auf radikalierungsgefährdete Gefangene.

Dabei wurden von Ahmad Mansour eigens für den bayerischen Justizvollzug Workshops entwickelt. Gefangene werden mit einem speziell geschulten und ausgebildeten Projektteam unter professioneller Anleitung dieser gemäß dem sog. Peer-Education-Ansatz mit kontroversen Inhalten konfrontiert und zur Diskussion angeregt. Dabei setzen sich Gefangene mit bestimmten Wertevorstellungen (z. B. patriarchalische Unterdrückung, Gleichberechtigung, Gewalt), Weltbildern (z. B. dualistische Wahrnehmung „wir“ vs. „sie“) und Kommunikationsmustern (z. B. Tabuisierung bestimmter Themen) offen und direkt auseinander.

Derartige, teils kontroverse Inhalte können jungen Menschen nachhaltig vermittelt werden, wenn die Gespräche und Diskussionen „auf Augenhöhe“ geschehen und von teils Gleichaltrigen mit gleichem sozialen bzw. kulturellen Hintergrund geführt werden. Auf diese Weise werden Gefangene zum kritischen Denken angeleitet und somit gegenüber islamistischen Ideen gestärkt, so dass Radikalisierungsversuchen gar nicht erst ein Nährboden ermöglicht wird.

Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe

Durch die Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe wurden im Jahr 2017 fünf Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer zu „Präventionsmanagern“ weitergebildet – ein Angebot das derzeit um weitere fünf Personen erweitert wird. Sie stehen als Ansprechpartner ihren Kolleginnen und Kollegen aus den Dienststellen der Bewährungshilfe mit Informationen und Kontakten im Rahmen von Radikalisierung bzw. Deradikalisierung zur Verfügung. Sie kennen die Ansprechpartner zur Einschätzung von Verhalten und vermitteln zu den zuständigen bzw. regionalen Einrichtungen vor Ort.

Die Präventionsmanager fungieren damit vor allem als Multiplikatoren. Sie verfügen über die relevanten Informationen zum Umgang mit diesem Personenkreis und haben Kenntnis über den aktuellen Sachstand bei den Vernetzungspartnern wie z. B. dem Justizvollzug, dem bayerischen Landeskriminalamt, dem bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz oder VPN. Sie bauen ein Netzwerk auf, mit den für die Arbeit der Bewährungshilfe wichtigen Partnern.

Weitere Aufgaben sind die Konzeption von Fortbildungsveranstaltungen für die Bewährungshilfe, die zusammen mit der Zentralen Koordinierungsstelle für Bewährungshilfe zu diesem Themenkreis ausgerichtet werden sowie konzeptionelle Überlegungen anzustrengen, die im Hinblick auf Maßnahmen und Interventionen zur Deradikalisierung erfolgen können bzw. notwendig sind.

Präventionsangebote des Verfassungsschutzes

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) ist aktiv in der spezifischen Prävention. Hierzu zählen Beratungsgespräche, Vorträge, Workshops und Multiplikatorenschulungen für Polizeibeamte, Lehrer, Ausbildungsträger, Mitarbeiter im sozialen Bereich, Arbeitgeber und Leitungsangestellte aus der Privatwirtschaft, Beamte im Justizvollzug und Mitarbeiter in Flüchtlingseinrichtungen. Die Maßnahmen des BayLfV zielen darauf ab, durch eine gezielte Sensibilisierung von spezifischen (Berufs-)Gruppen, diese zur Unterscheidung zwischen Islamismus und religiösen Erscheinungsformen des Islam zu befähigen und angemessene Reaktionen auf eine mögliche islamistische Radikalisierung zu ermöglichen. 2017 wurden rund 125 derartige Veranstaltungen durchgeführt und es konnte ein Zielpublikum von ca. 5800 Zuhörern erreicht werden.

Seit September 2017 wird verstärkt auch auf eine Zusammenarbeit mit den Bezirksregierungen gesetzt, um eine flächendeckende Beschulung von Mitarbeitern, u. a. im Bereich Unterbringungsverwaltung und Heimaufsicht, Betreuer unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber (UMA) und von Mitarbeitern in den Flüchtlingsunterkünften und ehrenamtlichen Helfern zu gewährleisten.

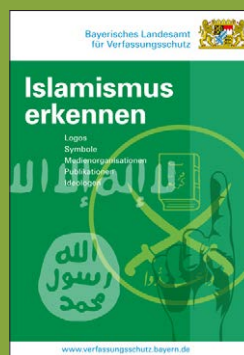


Vor dem Hintergrund der festzustellenden gezielten Kontaktsuche von Salafisten und anderen Islamisten zu Flüchtlingen hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz bereits im Jahr 2016 ein Faltblatt zur Sensibilisierung und Aufklärung der bayerischen Flüchtlingseinrichtungen erstellt. Mehrere zehntausend Exemplare des Flyers „Falsche Freunde in der Flüchtlingshilfe?“ wurden seither bereits verteilt. Der Flyer ist im offiziellen Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung bestellbar und abrufbar unter **www.bestellen.bayern.de**.



Die vom Bayerischen Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz in 2014 veröffentlichte Broschüre „Salafismus – Prävention durch Information“ ist seit Mitte 2017 in mehreren Sprachen erhältlich.

Sie enthält neben Informationen zum Salafismus auch Informationen über Beratungsstellen und Ansprechpartner im Bereich der Prävention und Deradikalisierung, an die sich Betroffene wenden können. Die Broschüre ist im offiziellen Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung bestellbar und abrufbar unter **www.bestellen.bayern.de**.



Eine neue Broschüre des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz mit dem Titel „Islamismus erkennen“ stellt die wichtigsten Organisationen, Symbole, Publikationen und Akteure des islamistischen Spektrums dar und

klärt über deren Hintergründe und Bedeutung auf. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf Logos, Bildern und Symbolfiguren, die allesamt eine hohe Wirkkraft auf Anhänger islamistischer Gruppierungen entfalten. Zweck der Broschüre ist es, dem Leser eine wichtige Grundkompetenz zum möglichst frühzeitigen Erkennen von Radikalisierungsprozessen und extremistischen Gefahren zu vermitteln.

Das seit 2001 eingerichtete Hinweistelefon für eine zentrale und vertrauliche Aufnahme von Hinweisen zu radikalisierten bzw. sich radikalisierenden Personen wurde ab Herbst 2014 auf das Thema Prävention und ab Anfang 2016 für Beratungsangebote und Hinweisaufnahmen im Bereich der Flüchtlingsarbeit erweitert. Das Hinweistelefon ist unter der Telefonnummer **089/31201-480** oder per E-Mail an **salafismus-praevention@lfv.bayern.de** erreichbar.

DERADIKALISIERUNG

Unter Deradikalisierung versteht man die Abkehr von extremistischen Handlungen und Weltbildern. Dabei handelt es sich um ein Konzept, in dem konkrete Maßnahmen entwickelt, erprobt und angewandt werden. Ein wichtiger Schritt für Radikalisierte ist es, sich zunächst von Gewalt abzuwenden – und anschließend von extremistischen und menschenverachtenden Ideologien.

Deradikalisierung ist angezeigt, wenn eine Person in ihrer Radikalisierung fortgeschritten ist. Dabei ist es wichtig, direkt mit den Betroffenen zu reden und sie zu motivieren, damit sie ihr Verhalten und ihre Einstellungen verändern können. Neben der direkten Arbeit mit Radikalisierten ist auch die Beratung des familiären Umfelds wichtig. Nach der erfolgreichen Identifizierung von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, die sich in einem Radikalisierungsprozess befinden, müssen möglichst vielfältige Maßnahmen folgen.

Ziele:

- Frühzeitige Identifizierung von Personen, die sich radikalisierten bzw. konkret radikalisierungsgefährdet sind
- Unterstützung von radikalisierten Personen, einen gewalt- und straffreien Weg zu finden (Disengagement)
- Herauslösung dieser Personen aus dem extremistischen Umfeld mittels individuell erarbeiteter Ausstiegskonzepte
- Möglichst vollständige Abwendung von extremistischen Ideologien

Kompetenzzentrum für Deradikalisierung

Im Rahmen von Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung wurde zum 01.09.2015 im Bayerischen Landeskriminalamt (BLKA) das **Kompetenzzentrum für Deradikalisierung** eingerichtet.

Die Bayerische Polizei hat das Kompetenzzentrum mit neun Stellen ausgestattet. Das Team des Kompetenzzentrums ist angesichts der spezifischen Herausforderungen multidisziplinär aufgestellt und verfügt neben erfahrenen Polizei-

vollzugsbeamten auch über islamwissenschaftliche, psychologische sowie sozialpädagogische Expertise. Darüber hinaus hat die Bayerische Polizei weitere 10 Stellen zur Bewältigung der neuen Aufgabe „Deradikalisierung“ bereitgestellt. Mithilfe dieser Stellen konnte in den Fachkommissariaten des Operativen Staatsschutzes auf lokaler Ebene jeweils ein weiterer besonders geschulter Beamter „Prävention/Deradikalisierung“ seinen Dienst aufnehmen. Ziel dieser Maßnahme ist vor allem die frühzeitige Identifizierung sog. sicherheitsrelevanter Sachverhalte. Resultierend aus den Erfahrungen von bislang mehr als 250 geprüften Sachverhalten mit konkretem Radikalisierungsbezug sowie mehr als 180 bearbeiteten Deradikalisierungsfällen wurde vor allem deutlich, dass je früher geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, eine umso höhere Erfolgsquote erzielt werden kann.

Angesichts der besonderen Herausforderungen, wie beispielsweise die Radikalisierung von jungen Mädchen, Flüchtlingen, Radikalisierung in Haft und Syrienrückkehrern, hat das Kompetenzzentrum sich seit seinem Bestehen konsequent fachlich und konzeptionell weiterentwickelt. Insbesondere für die zuvor genannten Gruppen wurden spezielle Handlungsstrategien und Kompetenzen entwickelt. Besonderes Augenmerk legt das Mitarbeiterteam des Kompetenzzentrums vor allem auf die frühzeitige Einbindung von vorhandenen Regelstrukturen und die abgestimmte Koordination der eingeleiteten Maßnahmen in sicherheitsrelevanten Fällen.

Das Kompetenzzentrum kooperiert mit dem zivilgesellschaftlichen Träger Violence Prevention Network e.V. (VPN) auf Grundlage eines zivilrechtlichen Vertrages, der aufgrund der positiven Erfahrungen inzwischen bereits zweimal verlängert worden ist. Da vor allem die Akquirierung von Fachpersonal auf Seiten des zivilgesellschaftlichen Trägers eine besondere Herausforderung darstellt, hat das BLKA sich zwischenzeitlich für eine deutlich längere Vertragsdauer (vier Jahre) entschieden, um VPN das Angebot von mindestens mittelfristigen Arbeitsverträgen zu ermöglichen.

Das Kompetenzzentrum im BLKA ist in Fragen der Deradikalisierung vor allem Ansprechpartner für Behörden in Bayern und arbeitet eng mit anderen Sicherheitsbehörden, der Justiz sowie zahlreichen weiteren Akteuren zusammen. Es betreibt hierbei eine eigene Hotline (089/1212-1999), die inzwischen zunehmend von beabsichtigten Adressaten genutzt wird. Darüber hinaus nimmt es strukturierte Analysen und Bewertungen von gemeldeten Sachverhalten zur Prüfung von sicherheitsrelevanten Aspekten sowie fallbezogene Beratungen von thematisch betroffenen Personenkreisen, z. B. Flüchtlingshelfern vor. Bei Deradikalisierungsfällen mit Sicherheitsrelevanz nimmt das Kompetenzzentrum die koordinierende Rolle ein und setzt Impulse für ggf. erforderliche weitere Maßnahmen.

Durch die multiprofessionelle und interdisziplinäre Aufstellung des Kompetenzzentrums können für den jeweiligen Einzelfall passgenaue Ansätze entwickelt werden. Hierbei werden vor allem die Vorteile eines kombinierten Ansatzes von polizeilichem Fachwissen, ergänzt durch die Expertise aus den Bereichen Psychologie, Islamwissenschaften und sozialpädagogischen Erfahrungen deutlich.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit, die im Rahmen von Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus umgesetzt wird, ist das Kompetenzzentrum für die polizeiinterne Aus- und Fortbildung zur Thematik verantwortlich. Weiterhin werden durch das Kompetenzzentrum anlassbezogen vertrauensbildende Maßnahmen mit muslimischen Einrichtungen im Zusammenhang mit Deradikalisierung koordiniert und im Einzelfall unterstützt.

Angesichts der inzwischen gesammelten Erfahrungen, Erkenntnisse und Daten initiiert und unterstützt das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung die wissenschaftliche Begleitung bzw. hat bereits eigene Forschungsprojekte begonnen.

Beratungsstelle VPN

Als zivilgesellschaftlicher Träger betreibt der Verein **„Violence Prevention Network e.V.“** (VPN) eine Beratungsstelle in Bayern, die mit dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung zusammenarbeitet und allen Bürgern als Ansprechpartner für Fragen der Deradikalisierung zur Verfügung steht.

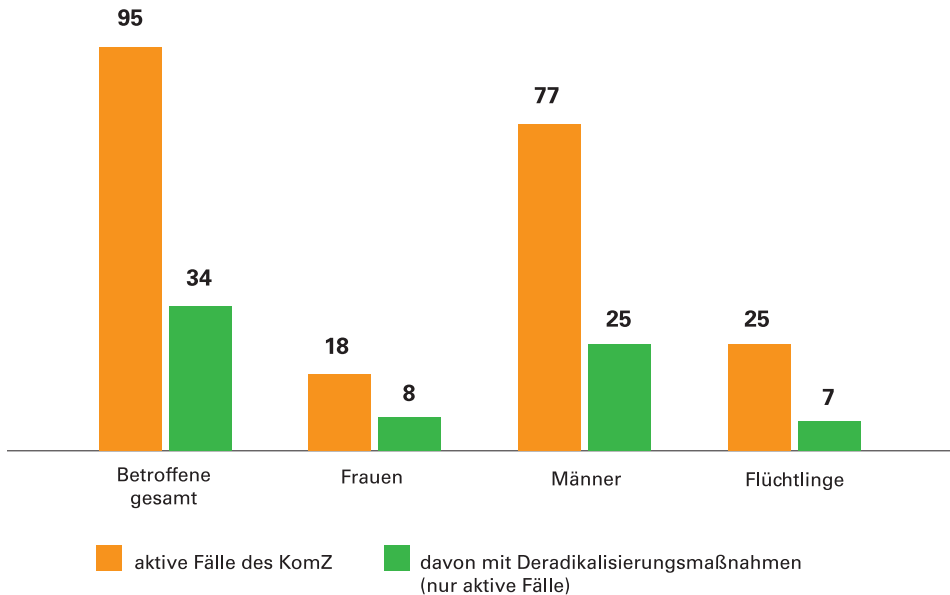
VPN bietet neben der Beratung von Angehörigen auch Beratungsmaßnahmen und Ausstiegsprogramme für radikalisierungsgefährdete und bereits radikalisierte Personen an.

Zu den Angeboten gehören:

- Beratung für Angehörige
- Beratung, Begleitung und Training für gefährdete junge Menschen, bevor sie straffällig werden
- Schlichtende Maßnahmen in Fällen einer beginnenden Radikalisierung (intervenierende Maßnahmen)
- Ausstiegsbegleitung: Beratung und Dialog mit Radikalisierten, Ausreisewilligen und Rückkehrern (z. B. aus Syrien)

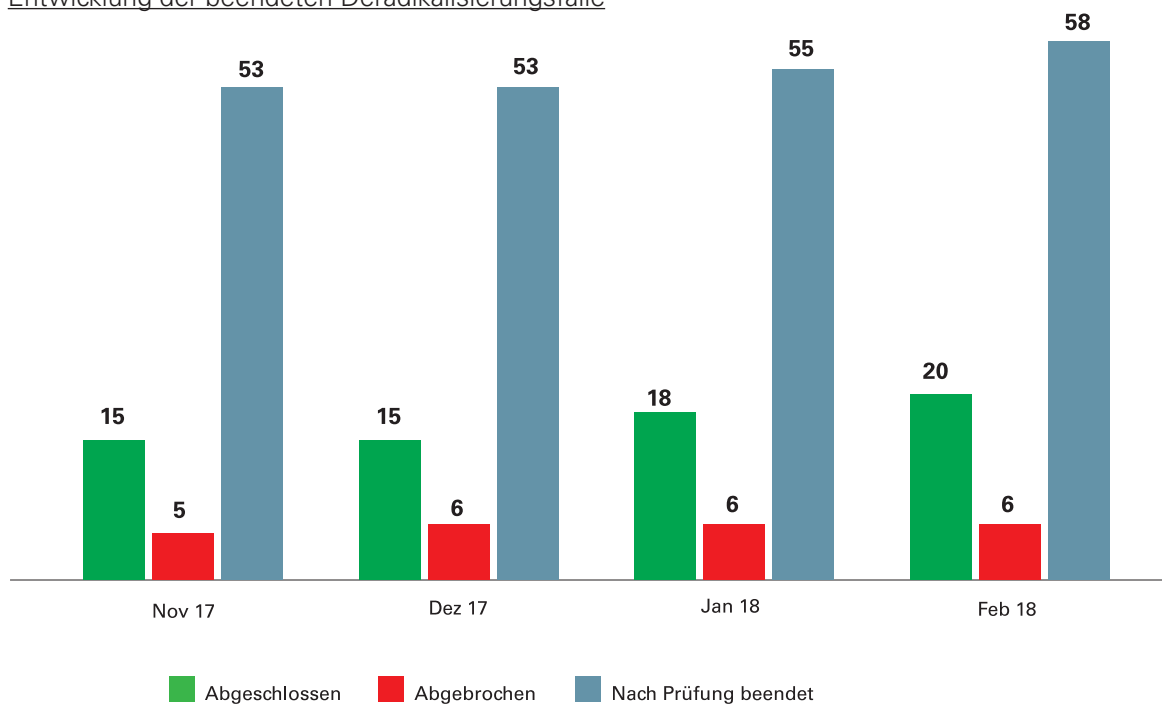
Fallzahlen

Aktuelle Fallzahlen im BLKA/KomZ (Stand: 01.03.2018)



Das Schaubild zeigt die im BLKA/KomZ bearbeiteten sicherheitsrelevanten Fälle (Balken „orange“) sowie die sicherheitsrelevanten Sachverhalte, in denen deradikalisierende Maßnahmen eingeleitet sind und koordiniert werden (Balken „grün“).

Entwicklung der beendeten Deradikalisierungsfälle



Das Schaubild zeigt die im BLKA/KomZ erfolgreich abgeschlossenen Fälle (grüner Balken; Anmerkung: Als „abgeschlossen“ werden ausschließlich Sachverhalte definiert, in denen eine nachhaltige Abwendung vom Extremismus festgestellt worden ist), die abgebrochenen Fälle (roter Balken; z. B. der Betroffene lehnt weitere Beratung ab) sowie die nach Prüfung beendeten Fälle (blauer Balken; z. B. keine Radikalisierung erkennbar oder kein Zugang möglich).

Deradikalisierung im Justizvollzug

Islamisten bzw. Salafisten versuchen gezielt, im Gefängnis potenzielle Kandidaten für ihre extremistische Ideologie und den Jihad anzuwerben. Dieses Phänomen ist nicht neu. Schon in der Vergangenheit wurden daher im bayerischen Justizvollzug umfassende Maßnahmen ergriffen, um eventuelle Radikalisierungstendenzen von Gefangenen rechtzeitig zu erkennen und diesen möglichst wirksam zu begegnen.

Die Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus in Justizvollzugsanstalten (ZKS) steht als direkter Ansprechpartner betroffenen Justizvollzugsanstalten zur Verfügung, um diese im Umgang mit islamistischen Verdachtsfällen zu begleiten und darüber hinaus bei der Koordinierung des Informationsaustausches zu unterstützen. Zusammen mit Ansprechpartnern des Kompetenzzentrums für Deradikalisierung und des zivilgesellschaftlichen Partners „Violence Prevention Network“ (VPN) wird geprüft, ob bzw. wie eine Intervention oder Deradikalisierung des betroffenen Gefangenen erfolgen kann und welche speziellen Behandlungs- und Betreuungsangebote des bayerischen Justizvollzugs solche Maßnahmen zur Deradikalisierung unterstützen können.

Der Verein „Violence Prevention Network“ (VPN) unterstützt radikalisierte bzw. gefährdete Insassen mit dem Anti-Gewalt- und Kompetenztraining AKT® und durch Angebote zur Ausstiegsbegleitung.

Die Koordinierung der Deradikalisierungsmaßnahmen der im Justizvollzug identifizierten Radikalisierungssachverhalte übernimmt ebenfalls das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung.



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.

Unter Telefon **089 12 22 20** oder per E-Mail unter **direkt@bayern.de** erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration
Odeonsplatz 3 | 80539 München

Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Justizpalast am Karlsplatz
Prielmayrstraße 7 | 80335 München

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Salvatorstraße 2 | 80335 München

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Winzererstraße 9 | 80797 München

Bildnachweis: trio-group münchen GmbH

Gedruckt auf: Umweltzertifiziertem Papier (FSC, PEFC oder vergleichbares Zertifikat)

Gestaltung: CMS – Cross Media Solutions GmbH

Stand: Juli 2018

Artikelnummer 1001 0707

HINWEIS

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Die Druckschrift wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts kann dessen ungeachtet nicht übernommen werden.

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wurde auf die gleichzeitige Verwendung der männlichen und weiblichen Personenbezeichnung verzichtet. Die Verwendung der männlichen Form schließt die weibliche Form mit ein.